

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 18

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionsbüro
Montags vor dem Erscheintags. Die Zeitung
läßt durch die Post bezogen 1.- Mark für das
Bretteljahr Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

Köln, den 6. September 1930
Geschäftsstelle Denloer Wall 9 / Fernruf West 57 249

Anzeigenpreis für die hochgepaßte Mittelwertzeit
zu 1/10 Pfennig. Stellenangebote und Angebote lassen
die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Voraus-
bezahlung. Geldleistungen Kolonialkonten 3590 8319

27. Jahrg.

Wie wählt der Gewerkschaftler?

Diese Frage wird im gegenwärtigen Wahlkampf von der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftspresse an die Mitglieder der sogenannten „freien“ Gewerkschaften gerichtet. Der „Bekleidungs-Arbeiter“, das Organ des Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes, stellt die Frage in seiner Nummer vom 23. August. Um seinen Mitgliedern das Denken zu ersparen, beantwortet er selbst vorweg die Frage. Er schreibt:

„Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.“

So ganz selbstverständlich scheint es nun doch auch nach Ansicht der sozialistischen Gewerkschaftspresse nicht zu sein, daß die Gewerkschaftler sozialistisch wählen. Wäre man sich in dem Lager darin so sicher, dann wäre es doch schließlich überflüssig gewesen, der Sozialdemokratischen Partei den Geldschrankschlüssel der Gewerkschaften auszuhandeln, damit diese mit Gewerkschaftsgeldern Wahlpropaganda treiben kann. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Spitzenorganisation der „freien“ Gewerkschaften und der Angestellten- und Beamtenorganisationen gleicher Richtung hat bekanntlich der Sozialdemokratischen Partei eine Million RM. für ihren Wahlfonds überwiesen. Wieviel Hunderttausende oder Millionen sonst noch von den „freien“ Gewerkschaften für den Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei aufgebracht wurden, ist nicht an die Öffentlichkeit gelangt.

Wenn es selbstverständlich ist, daß die Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften Sozialdemokraten wählen, so muß man sich auch darüber wundern, daß die sozialistische Gewerkschaftspresse die Mitglieder der Gewerkschaften geradezu beschwört, die sozialdemokratische Liste zu wählen. Die „Arbeit“ der Sozialdemokratie wird geradezu über das „Bohnenlied“ gelobt. Kein Mäkel ist an der Sozialdemokratie. Und mag ihre Politik in manchen Dingen auch so tollpatschig gewesen sein, daß ein Blinder es mit dem Kruckfuß fühlen konnte, für die sozialistische Gewerkschaftspresse ist es „selbstverständlich“, daß der Gewerkschaftler Sozialdemokraten wählt.

Der „Bekleidungs-Arbeiter“ zählt 19 Punkte auf, die beweisen sollen, daß nur die Sozialdemokratie Anspruch darauf erheben darf, von Arbeitern gewählt zu werden. Wir werden uns gefallt, diese 19 Punkte nachfolgend etwas unter die Lupe zu nehmen und gleichzeitig noch einige Punkte anzuhängen, damit das zweite Dugend noch wird. Unsere Leser mögen dann selbst urteilen.

1. Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Youngplan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Jedes politische Kind weiß, daß es damit nicht fein Bewenden haben kann, daß der Youngplan zum Abschluß gebracht wurde. Durch den Youngplan wurde dem deutschen Volke eine jährliche Tributleistung von 2 Milliarden Mark auferlegt. Als es galt, diese gewaltige Last durch Steuern aufzubringen, schlug sich die Sozialdemokratie seitwärts in die Büsche. Das „Steuermachen“ überließ sie, da sie dabei keine Vorbeeren ernten konnte und Gefahr lief, an Popularität zu verlieren, den Parteien, die sie heute schmätzt und der Regierung Brüning.

2. Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnbaupolitik des rhein.-westf. Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumsmann Stegerwald wirkungslos macht.

Warum Severing? Zuständig war doch Wisseff. Kläglicher hat nie ein Arbeitsminister verlangt, als Wisseff, der, als die Arbeitgeber sich streubten, den verbindlich erklärten Schiedsspruch durchzuführen, talentlos und hilflos zuckte. Die Staatsautorität erhielt dadurch einen heftigen Stoß. Und wenn Stegerwald den letzten Schiedsspruch für „Nordwest“ für verbindlich erklärte, dann doch nur aus dem Grunde, um einen tariflosen Zustand

zu verhüten, der den Arbeitern einen weiteren Lohnabbau von vielen Millionen gekostet hätte.

3. Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wisseff den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt. Kein Etat der Regierung Müller-Wisseff hat für die Sozialversicherung Mittel in einem solchen Ausmaße bereitgestellt, als der Etat der Regierung Brüning. Trotz erheblicher Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wurde der Sozialetat um mehr als 200 Millionen Mark gegenüber 1929 erhöht. Weiß die Sozialdemokratie noch immer nicht, daß man aus einem Faß nicht mehr schöpfen kann, als hereinfließt? —

4. Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem russischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gespart.

Das sozialistische-kommunistische Thüringen ist zum Wegbereiter des national-sozialistischen Thüringens geworden. Hat etwa der Nachfolger Severings, Dr. Wirth, anders gehandelt als Severing? — Mußte nicht er den Kampf mit dem thüringischen national-sozialistischen Minister Fried zu Ende führen? —

5. Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Regierung Brüning hätte ganz gewiß nicht eine Sonderbesteuerung der großen Handelsgeschäfte — worunter auch die Konsumvereine fallen — in ihr Programm mit aufnehmen müssen, wenn sie anstatt mit der Wirtschaftspartei mit der Sozialdemokratischen Partei hätte machen können. Warum hat überdies die Sozialdemokratie als Regierungspartei im Jahre 1922 nicht bei der Erhöhung der Umsatzsteuer für den Antrag der „Unabhängigen“ auf Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer gestimmt?

6. Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten.

Der Vorschlag „Brüning“ ist vom Reichskanzler Müller, Severing und Schmidt und einem Teil der Fraktion als annehmbar bezeichnet worden. Bericht des „Vorwärts“ vom 28. März 1930. — Bei wesentlich besserer Wirtschaftslage brachte die Reform der Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 unter der Regierung Müller-Wisseff schon eine Kürzung der Gesamtunterstützung von mehr als 100 Millionen.

7. Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt.

Der Entwurf war von Minister Wisseff vorgelegt. Der sozialistische Hauptverband der Krankenkassen verlangte sogar noch einschneidendere Maßnahmen. Jetzt, nachdem die Regierung Brüning die Forderungen durchführt, sollen diese arbeiterfeindlich sein. Bei Beurteilung der Reform der Krankenversicherung kann man nicht davon ausgehen, ob einem die eine oder andere Maßnahme der Regierung gefällt oder nicht gefällt. Es kommt bei der heutigen Lage der Wirtschaft und auch der Verschlechterung darauf an, die Versicherung über die Krisenzeit hinweg zu retten.

8. Die Sozialdemokratie hat die Entrenchung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Was heißt Entrenchung? Kein Bezugsberechtigter bekommt einen Pfennig weniger. Gespart und beschützt werden mußte lediglich die Neuanmeldung und Neufestlegung von Rentenbezüglern. Es ist zugleich aber auch Vorzeige getroffen durch besondere Bestimmungen, daß unbillige Härten vermieden werden. Man kann Prinzipien auch zu Tode reiten, namentlich dann, wenn die Finanzen an allen Ecken nicht ausreichen.

9. Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition sämtliche Steuervorschläge bekämpft und so die Mittel für die Arbeitslosenversicherung

Eine Million Reichsmark

hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund — die Spitzenorganisation der „freien“ Gewerkschaften — dem Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei

überwiesen. So berichtet die „Freie Gewerkschaft“ (Hamburg) in ihrer Nummer vom 13. August 1930. Sie fügt hinzu: „Die Gewerkschaften, auch die örtlichen, müssen das ihrige tun!“

Kolleginnen und Kollegen!

Schreit es allen Mitgliedern der „freien“ Gewerkschaften in die Ohren, daß ihre Beiträge zum Verband, die doch zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dienen sollen, benutzt werden, um den

Wahlkampf der Sozialisten zu finanzieren!

Die „freien“ Gewerkschaften können nicht mehr leugnen, daß sie sich der Sozialdemokratie auf Geheiß und Verberb verschrieben haben. Fragt die Mitglieder dieser Gewerkschaften, ob sie länger

den Boß zum Gärtner machen wollen.

Wer sich nicht zum Sozialismus bekennt, gehört in eine christliche Gewerkschaft!

Am 14. September ist Jahrtag!!

verweigert. Wenn alle Parteien so gehandelt hätten, wäre die Arbeitslosenversicherung längst erledigt. Die Ledigensteuer ist nicht unsozialer, als manche andere Steuer, welche die Sozialdemokratie als Regierungspartei mit beschlossen hat. Ist sie etwa unsozialer, wie die Hauszinssteuer, bei der Verheiratete doppelt und dreifach so hoch belastet werden als Ledige? —

10. Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition betrieben, sondern sie hat unaufrichtig Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Welche Wege hat die Sozialdemokratie gezeigt? Warum hat sie diese Wege nicht beschritten? Sie beherrschte doch das Kabinett Müller und verfügte über ein Drittel der Mandate des Reichstages.

11. Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie redet nicht davon, daß unter dem Kabinett Müller drei Zollerhöhungen durchgeführt, daß im Dezember 1929 220 Millionen Tabakzollerhöhungen beschlossen wurden und daß der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding Senkung der Vermögenssteuer, Senkung der Gesellschafts- und Wertpapiersteuer, Senkung der Börsenumsatzsteuer und Abbau der Industriebelastung vorschlug.

12. Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot werden.

Die Regierung Müller hat der Arbeitslosenversicherung Darlehen statt Zuschüsse gegeben. Die Sozialdemokratie hätte die Arbeitslosen zu Opfern der von ihr mitschuldigen Finanznot werden lassen. Die Regierung Brüning war es, die mehrere 100 Millionen für die Arbeitslosenversicherung herbeschaffte. Diese Mittel wurden nicht nur als Darlehen gegeben.

13. Die Sozialdemokratie hat die Vereinhaltung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungsstellen ersparen würde.

Warum hat die Sozialdemokratie Vereinhaltung der Organisation der Krankenkassen nur vorgeschlagen? Warum hat sie ihre Vorschläge nicht durchgeführt? — Sie hatte doch lange Zeit den stärksten Einfluß im Kabinett und war die größte Partei des Reichstages!

14. Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten und im Reichstagsausschuß bereits durchgekehrt.

Die durch die Sozialdemokratie im trauten Kreise Hugenbergs, Hitlers und Thälmanns erzwungene Auflösung des Reichstages hat die Beratung des auch von bürgerlichen Parteien angenommenen Antrages

auf Neuordnung der Pensionsgesetzgebung verhin- dert. Sonst könnte die Umgestaltung des Pensions- gesetzes schon erfolgt sein. Dazu aber noch eine Frage: Haben die sozialistischen Großpensionäre Müller, Generting, Wiffel und andere auf ihre eigene Pension verzichtet?

15. Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagrafen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt. Das Gegenteil ist richtig:

Die Sozialdemokratie hat durch ihre Feigheit und Verantwortungsgleichheit den Diktaturbe- strebungen Vorschub geleistet und den demokrati- schen und parlamentarischen Gedanken gefährdet.

16. Die Sozialdemokratie hat die Wiederauf- hebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 erlassenen Diktaturverordnungen durch- gesetzt.

Die Sozialdemokratie hat in 138 Fällen unter dem Reichspräsidenten Ebert die Anwendung des Artikels 48 auch bei anwesenden Reichstags- mitgliedern bekämpft, weil damals ein sozialistischer Präsi- dent an der Spitze des Reiches stand.

17. Die Sozialdemokratie war es, die die Reichs- tagsauflösung erzwungen hat und erreichte, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

Die Sozialdemokratie hat durch die erzwungenen Wahlen in einer schweren Krise das deutsche Volk wirtschaftlich und politisch schwer geschädigt. Gute Kenner der wirtschaftlichen und politischen Zu- sammenhänge behaupten, daß infolge der Unsicherheit, die durch die Reichstagsauflösung in die Wirtschaft hineingetragen wurde, das Heer der Arbeitslosen um mindestens 250 000 vermehrt worden ist.

18. Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgefühle einer volksfeindlichen Reichsregie- rung die Volksbefragung gesetzt.

Die Sozialdemokratie hat Arm in Arm mit den Diktaturführern Hugenberg, Hiller und Thälmann die Reichstagsauflösung her- beigeführt und durch ihr Verhalten nur den extremen Gruppen gedient und damit die Demokratie gefährdet.

19. Die Sozialdemokratie hat die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt.

Die Sozialdemokratie hat aus Furcht vor der Verantwortung nach den Worten Hilferdings Selbst- mord begangen und den Schutz der Republik anderen überlassen.

Der „Bekleidungs-Arbeiter“ ist mit dem 19. Punkte in der Berichterstattung der Sozialdemokratie am Ende seiner Bilanz. Er hat aber einige sehr wichtige Fragen der Politik der letzten Jahre nicht berührt. Ob sie dem Gedächtnis des Lesers entfallen sind? — Wir wollen etwas nachhelfen:

Unter dem Parteivorstehenden Müller hat die Sozialdemokratie den Wahlkampf gegen den Panzerkreuzer geführt.

Unter dem Reichskanzler Müller hat sie den Panzerkreuzer gebaut.

Unter dem Parteivorstehenden Müller hat die Sozialdemokratie versprochen, den Wehretat auf 500 Millionen zu senken.

Unter dem Reichskanzler Müller ist der Reichswehretat in seinem Zuschußbedarf um 38 Mil- lionen erhöht worden. Erst das Kabinett Brüning hat hieron Abstriche gemacht.

Unter dem Parteivorstehenden Müller hat die Sozialdemokratie 5 Millionen für die Kin- derpeisung gefordert.

Unter dem Reichskanzler Müller ist die Kin- derpeisung nicht durchgeführt worden. Der von den

Kommunisten gestellte Antrag wurde in nament- licher Abstimmung von den Sozialisten abgelehnt.

Unter dem Parteivorstehenden Müller ver- sprach die Sozialdemokratie eine weitgehende Verbesserung der Leistungen der Invalidenversiche- rung.

Unter dem Reichskanzler Müller bezeichnete der Arbeitsminister Wiffel diese Forderungen als un- durchführbar.

Unter dem Parteivorstehenden Müller for- derte die Sozialdemokratie die Bewährung der Krisenunterstützung an alle Berufe und für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Unter dem Reichskanzler Müller stimmte die Sozialdemokratie am 10. Juli 1928 gegen einen gleich- lautenden kommunistischen Antrag und im Februar 1929, als die Zentrumsvorrede bereit waren, anzu- nehmen, stimmte die gleiche Sozialdemokratie ihren eigenen Antrag in namentlicher Abstimmung ab.

Diese Liste ließe sich noch wesentlich verlängern. Doch wollen wir damit abschließen. Wenn aber der „Bekleidungs-Arbeiter“ am Schlusse seiner Berichts-

Die Sozialdemokratie betrieb eine antisoziale und anti- parlamentarische Politik!

Mit derucht nach dem Kampf um die Erhaltung der Republik kann man nicht ein Wort verlieren. Man kann es nur retten, wenn man den Mut hat, auch in der besten und besten Stunde die Verantwortung auf sich zu nehmen.

Das ist eine Politik, die nicht antizipal ist. Antizipal ist eine Politik, wenn man die Augen vor den drohen- den Gefahren zuzumacht, wenn man es gelassen läßt, daß Hebertreibungen vorkommen in gewissen Dingen, wenn man es gelassen läßt, daß die Wirtschaft sich so ent- wickelt, daß man schließlich nicht mehr weiß, wo man die Mittel zur Behebung der Arbeitslosenunterstützung, der Wohlfahrtsunterstützung, der Beamtengehälter und An- gesessenengehälter aus beschaffen soll. Antizipal ist eine Politik, in der man die Augen zuzumacht und sich von Monat zu Monat damit tröstelt, daß die Großbanken auch beim nächsten Monatsende das Geld zur Behebung der Beamtengehälter und der Unterstützungen der Sozialver- sicherer noch einmal vorstrecken werden. Antiparlamentarisch ist die ganze Politik, wenn man aus Verlautbarungen nicht den Mut hat, durchzugreifen und es erreicht, daß nicht mehr das Parlament die Finanzierung bestimmt, sondern die Bankwelt und der Reichsbank- prääsident, wie es im Dezember v. J. war.

Reichskanzler Dr. Brüning.

Nachung der Sozialdemokratie glaubt, feststellen zu müssen, daß ein deutscher Arbeiter, der sich das alles überlegt, gar nicht anders kann, als am 14. Sep- tember der Sozialdemokratie seine Stimme zu geben, so möchten wir meinen, daß ein deutscher Arbeiter, der die Sozialdemokratie nicht nach ihren Reden, sondern nach ihren Taten beurteilen will, in der Lage ist, sie und immer einen Sozialdemokraten wählen kann. Die Sozialdemokratie, die sich so gern als die einzige Ar- beiterpartei hingestellt versteht, hat eine Politik ge- trieben, die himmelweit davon entfernt ist, dem Wohle der Arbeiter zu dienen.

Die Parole für alle christlichen Gewerkschafter für den 14. September kann nur lauten:

Gegen den Sozialismus aller Schat- tierungen! Freiein Parlament, das be- reit und befähigt ist, unser Volk, den Staat und nicht zuletzt die Arbeiter- schaft aus der gegenwärtigen Not em- porzuführen zu einer besseren Zu- kunft!

Reichswirtschaftsrat und Preisbindungen

Der Herr Reichspräsident hat unter der vor kurzem er- lassenen Verordnung zur Behebung finanzieller und wirt- schaftlicher Notstände u. a. auch die Ermächtigung gegeben, bestimmte Maßnahmen zur Beruhigung unwirtschaftlicher Preisbindungen zu treffen. Die Reichsregierung hat nun- tatz erlassen, eine Notverordnung herauszugeben, die dem Reichswirtschaftsminister ohne Heranziehung des Kartell- gerichtes weitgehende Vollmachten gegen unwirtschaftliche Preisbindungen erteilt. Das Reichswirtschaftsmini- sterium hat hietzu zugleich dem Reichswirtschaftsrat drei Fragen zur beschleunigten Beantwortung vorgelegt.

Die erste Frage ist, ob bei der gegenwärtigen Wirt- schaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preis- bindungen, deren Vorteile für die Gesamtwirtschaft derzeit überwiegen, das es als notwendig erscheint, bis zur Wiede- rwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten oder an Stelle der Preisbindungen nur unerbittliche Höchstpreise zuzulassen.

Der Reichswirtschaftsrat beantwortete diese Frage dar- in, daß eine allgemeine plötzliche Beseitigung sämtlicher Preisbindungen läßt Veränderungen und damit mindestens in weitem örtlichen Umfang erhebliche Ver- schärfungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierig- keiten herbeiführen würde. Er war ferner der Auffassung, daß nicht angenommen werden kann, das allgemeine bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen, deren Vor- teile für die Gesamtwirtschaft derzeit überwiegen, das es notwendig erscheint, bis zur Überwindung der krisen- haften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu ver- zichten oder nur unerbittliche Höchstpreise zuzulassen.

Die Reichsregierung fragte ferner, ob, wenn eine all- gemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder möglich wäre, man die Preisbindungen auf solchen Gebieten aufheben sollte, auf denen preisgebundene Unter- nehmen unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftslage oder ihrer Preisverhältnisse die festgesetzten Preise unter Umgehung der Bindungen nicht einhalten. Ferner ob es anzuraten sei, in einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessen hohe, volkswirtschaftlich nicht berechtigte Preise und Preispannen aufzuheben. Der Reichswirt- schaftsrat ist hier der Meinung, daß, wenn bei feststehen- den Konjunktur preisgebundene Unternehmungen die fest- gesetzten Preise nicht einhalten oder unter Umgehung der- selbe verpflichtenden Bindungen Nachkäufe gewähren und wenn ein solches Verhalten keinen Ausnahmefall darstellt, die Preisbindungen der Wirtschaftslage widersprechen und nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch privatrechtlich fehlerhaft sind, weil ein solches Verhalten zu einer willkürlichen Benachteiligung schwächerer Käufer und zu einer Vermirrung des Urteils der Käufer wie der öffent- lichen Meinung führt. Der Reichswirtschaftsrat hält es daher einmütig für notwendig, daß die Kartelle alsbald solche von der wirtschaftlichen Entwicklung überholten Preisbindungen auch formal beseitigen oder aufheben und hierüber volle Klarheit schaffen. Gleichzeitige richterliche den dringenden Appell an die Kartelle, hiervon zu verfahren. Er hält außerdem einen Eingriff der Reichsregierung auf Grund der ihr erteilten Vollmachten zur Verwirklichung dieses Erfordernisses für berechtigt und billigenwert. Der Reichswirtschaftsminister soll auf Grund der Verordnung über die Auskunftspflicht in allen geeigneten Fällen Auskünfte über die den Durchführer er- zeigten Preise einholen, und zwar dann, wenn Höchstpreise oder ein sonst gegebener Maßstab vorliegt, um unnütze Ver- teilsbelastungen zu vermeiden. Ob die Voraussetzungen für die zu treffenden Maßnahmen der Regierung vor- liegen, wird im wesentlichen je nach den besonderen Ver- hältnissen zu ermitteln sein. Allgemein gültige Merkmale

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften, das schon erschienen ist, bringt u. a. auch eine Abhand- lung über die gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung. Wir veröffentlichen in der vorliegenden und den beiden folgenden Nummern unseres Blattes einige Abschnitte daraus, um unseren Mitgliedern einen Einblick in die Arbeit der Gesamtbewegung für die Arbeiterinnen zu geben. Die Redaktion.

Die Mitgliederentwicklung war für die Ar- beiterinnenbewegung im Berichtsjahre wenig günstig. Es kann allerdings noch über eine Zunahme berichtet werden. Doch ist diese prozentual geringer als der Mitgliederzu- wachs im allgemeinen in der christlichen Gewerkschafts- bewegung. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Industriezweige, die vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, eine äußerst schlechte Konjunktur hatten. Das Bekleidungs- und Textilgewerbe war im ganzen Berichtsjahr sehr schlecht beschäftigt, ebenso die Lederindustrie, sowohl die Herstellung von Schuhwaren als auch von Lederwaren. Auch die Textilindustrie hatte einen schlechten Geschäfts- gang und viel Kurzarbeit. In der Tabakindustrie sind mehrere Betriebe stillgelegt und ist die Beschäftigungszahl erheblich verringert. In allen diesen Gruppen ist die Frauenerwerbslosigkeit betrübend zu sehen.

Der ungünstige Arbeitsmarkt beeinflusst die gewerkschaftliche Entwicklung erheb- lich. Die Frauen sind immer noch leicht geneigt, wenn sie aus dem Betrieb auscheiden, auch aus ihrem Verband auszutreten. Die innere Verbundenheit mit der Gewerk- schaft ist bei vielen Frauen noch nicht vorhanden. Es wird weitaus Schuttsarbeit geleistet werden müssen, um die weiblichen Erwerbstätigen zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuführen und die Frauen auf die größeren Ziele der Gewerkschaftsbewegung hinzuwirken. Anderer- seits kann aber auch die Beobachtung gemacht werden, daß die Situation, die in früheren Jahren in besonders hohem Maße bei den weiblichen Mitgliedern schiefstellte

wurde, nicht mehr so stark wie früher vorhanden ist. Die Verbände verfügen bereits über einen „festen Stamm“, der mehrere Jahre mitarbeitet im Vorstand der Orts- gruppe, im Zentralrat und auf sonstigen Posten. Neben Rückschritten können sich die Fortschritte sehen lassen. Im ganzen genommen beginnt die Arbeiterinnen- bewegung stärker aktiv zu werden.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter berichtet über das Wirken der weiblichen Arbeitsgemein- schaften im Verband. Nach den Sitzungen des Ver- bandes können in allen Ortsgruppen solche Arbeiterinnen- kommissionen gebildet werden. Nicht alle Ortsgruppen machen davon Gebrauch. Immerhin besitzen 58 derartige Arbeitsgemeinschaften. Diese hielten im Berichtsjahr 300 Sitzungen ab, auf denen neben Verbandsangelegenheiten auch besondere Arbeiterinnenfragen besprochen wurden. Außerdem veranstalteten sie 206 Arbeiterinnenversammlungen, Eltern- und Familienabende, Wanderungen und Besichtigungen. 520 weibliche Mitglieder des Textil- arbeiterverbandes nahmen an Schulungsstufen teil. Auch die eigene von diesen Arbeiterinnenkommissionen organi- sierte Werbearbeit hatte einen guten Erfolg. Der Zent- ralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter hat mit dem 1. Januar 1929 ein Arbeiterinnen-Degernat ein- gerichtet und für die Leitung Klara Schöberl, früher Sekretärin im Degernat der Heimarbeiterinnen, gewonnen. Der Verband veranstaltete im Berichtsjahr in den verschiedenen Bezirken eine Reihe Arbeiterinnenkurse und Besichtigungen. Die empfangene Arbeit verzichtete einen guten Erfolg.

Der christliche Metallarbeiterverband hat mit der Wer- bung der Arbeiterinnen eingeleitet. In den letzten Jahren beschäftigten die Metallindustrie immer mehr weibliche Arbeitskräfte. In Betrieben, in denen früher nur wenig oder gar keine Frauenerwerbstätige vorhanden war, stellt dies- selbe einen großen Anteil dar. Begünstigt werden diese Maßnahmen durch die Nationalisierung und Umstellung von Spezialmaschinen. Es bleibt zu untersuchen, ob sich die Arbeiter, die in der Metallindustrie neuerdings den Frauen zugewandt werden, für diese eignen oder oftmals

an die Körperkräfte zu große Ansprüche gestellt werden. Es besteht die Gefahr, daß Frauenerwerbstätige sehr oft wegen ihrer Unfähigkeit eingeleitet und damit das gesamte Soziales in der Metallindustrie herabgedrückt wird. Um dem vorzubeugen, muß die Metallarbeiterin früher noch ihrem Berufsverband erzählt werden. Der christliche Metallarbeiterverband gab eine Nummer seines Verbands- organs als Werbeprospekt für die Arbeiterinnen heraus, unter dem Motto: „Christliche Metallarbeiterin, du fähst das Steuer deines Schicksals.“

Auch die übrigen Verbände taten ihr Möglichstes, um die Arbeiterinnenfrage zu fördern. Im Juli 1928 ist die langjährige Hauptvorsitzende des Degernats der Heimarbeiterinnen Margarethe Behm, in die Emigration heimgekehrt worden. Neben den Heimarbeiterinnen trauern die Arbeiterinnen um den Verlust dieser alten Frau, die immer mit warmem Herzen für die arbeitenden Frauen eintrat. Ihr Andenken wird unergötlich bleiben.

Die gewerkschaftliche Schulungs- und Bil- dungsarbeit für die Arbeiterinnen wurde im Berichtsjahre tüchtig angefaßt. Man kann bei den Frauen ein offenes Interesse für gewerkschaftliche Weiterbildung beobachten. Die Mitarbeit bei den Kursen ist eine recht lebhaft. Die Frauen zeigen sich sehr bemüht, tief in die Fragen der Gewerkschaftsarbeit und der Sozialpolitik ein- zudringen, um den Aufgaben als Betriebsrat, Betriebsratkollegin usw. besser gewachsen zu sein. Erfreulich fand im Bildungsheim der christlichen Gewerkschaften in Winter- minter ein vierwöchiger Kursus für Arbeiterinnen statt. In diesem Kursus wurden dieselben geistigen An- forderungen an die Teilnehmerinnen gestellt, wie bei den Kursen für Arbeiter. Der Unterricht erfolgte nicht nur durch schriftlichen Lehrplan mit Ergänzung von besonderen Frauenfragen. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiterinnen für die wirtschaftlichen Themen durchaus Verständnis haben und in jeder Hinsicht mitmachen. Die Anwesenheit und die Dogenheit, die meistens das Merkmal ist eines Arbeiterinnenkurses unterrichten, brauchen das nicht zum Nachteil.

Waren nicht ohne weiteres aufgestellt werden. Immerhin gibt es eine Reihe von Industrien, die bei Prüfung des Einzelfalles einen gewissen Anhalt zu geben vermögen. Hierbei wird im allgemeinen von der Zweckbestimmung von Preisstellen auszugehen sein, auch in einem gewissen Preisstand zu halten, wo er bei freier Entwicklung markt- mäßig nicht gehalten werden könnte. Es wird be- sonders darauf zu achten sein, ob der Preis etwa kostenmäßig für nach dem leistungsfähigsten Kartellbetrieb ergibt oder nach dem Durchschnitt der Betriebe — mit oder ohne Aus- weichen für die weniger günstig arbeitenden. Ein weiterer Anhaltspunkt kann sein, wie die Preise von nichtgebundenen Waren von gleicher Art und Güte im freien Ver- kehr sich stellen, namentlich auch, ob die Preise ernsthaftigen Preisunterstützung erhebt, niedriger sind. Ein weiteres In- teresse wäre das Verhältnis der Fertigwarenpreise zur Be- wegung der Rohstoffpreise und Löhne, des weiteren ein Ver- gleich mit ausländischen Preisen, wobei jeweils das Augenmerk der Frage der deutschen Produktionsmeh- rerheit — besonders gegenüber Ländern mit niedrigerer Lebens- und Lohnhaltung — zu verwenden sein würde. Auch auf den Grad der Ausnutzung der vorhandenen Pro- duktionskapazität und auf die Bedeutung einer durch Bindungen herbeigeführten Einschränkung der Produktion für die Kosten- und Preisgestaltung würde geachtet werden. Besonders aber wäre in diesem Zusammen- hang zu prüfen, ob die Preisgestaltung etwa aus- schließlich durch ein internationales Kartell mit oder ohne Zollschutz ermög- licht wird. Bei der Angabe dieser Erkennungszeichen soll nicht behauptet werden, daß da, wo die erwähnten Gesichtspunkte nicht zutreffen, ein Fall eines unangemessen hohen Preises nicht vorliegen könnte.

Die dritte Frage der Reichsregierung berührt ein be- sonders heikles, aber schon seit Jahren diskutiertes und umstrittenes Gebiet, nämlich die Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe. Der Reichswirtschaftsrat soll darauf antworten, ob, wenn schon eine allgemeine Aufhebung von Preisbin- dungen nicht als möglich erscheint, wenigstens die Preis- bindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe, also z. B. von Angehörigen des Einzelhandels durch Pro- dukzenten oder Großhandel, aufgehoben wären und ferner, ob dies insbesondere mit Rücksicht auf die Preisbindungen von den sogenannten Markenartikeln angezeigt er- scheint. Bekanntlich ist ja die Preisbindung von Angehö- rigen der nächsten Wirtschaftsstufe auch durch mehrere ge- setzlich geordnete Spandate, z. B. in der Rohle- und Kall- industrie sowie bei den sonstigen gezielten Monopolen, veranschlagt. Im übrigen ist sie (auch in der Form so- genannter Treuarbeits) in weitem Umfang beim Ver- kehr wichtiger Waren, namentlich von Eisen und Stahl, Düngemitteln, Baustoffen, Pinoleum, Tapeten, Treib- stoffen usw., üblich. Sie greift sogar da und dort über die von dem verpfändeten Werte bewirkten Lieferungen auf den Weiterverkauf von Waren anderer Hersteller und auf in Zusammenhang damit stehende gewerbliche Leistungen über. Von der Reichsregierung wird der Anteil der im Preise gebundenen Waren auf 25-30 Prozent des Ge- samtwertes der industriellen Produktion (50-60 Mil- liarden RM.) das wären etwa 15 Milliarden RM., über- schätzt geschätzt. Auch die sogenannten Markenartikel, die den Lebens- und Genussmitteln haben gegenüber der Vorzugsstellung kostföhrer Erweiterungen erfahren. Die Erben und Läger der Händler werden immer mehr mit diesen zum größten Teil überwerteten Markenartikeln voll- gezwungen.

In dieser wichtigen Frage nahm der Reichswirtschafts- rat folgende Stellung ein: Er sprach sich zunächst einmütig darüber aus, daß Prüfungen in allen ge- reichten Einzelfällen als bald vorgenommen werden sollen. Wenn sich bei diesen Prüfungen Preisbindungen ergeben, die die Kaufkraft bei der Produktion und beim Handel über den Rahmen des im wirtschaftsmäßigen Durchschnitt Üblichen und Angemessenen hinaus steigern, soll die Entziehung des Rechts- schutzes für solche Preisbindungen erfolgen. Darüber hin- aus aber sprach sich der Reichswirtschaftsrat mit großer Mehrheit dahin aus, der Regierung vorzuschlagen, daß bei den Markenartikeln des Lebens- und Genussmittelgebietes die Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe allgemein durch Regierungsanord-

nung aufgehoben werden sollten. Diese die Mehrheit bildenden Mitglieder wünschten aber ebenfalls, durch Einzeluntersuchungen auch die anderen Marktgebiete oder auch Einzelfälle zu prüfen, inwieweit es angebracht wäre, das Verbot der Preisbindungen für Markenartikel über das Gebiet der Lebens- und Genussmittel hinaus auszudehnen. Hierbei wurde u. a. auch verlangt, eine Nachprüfung der Preise der Kartellpreise bzw. der so- genannten Gruppe A der Markenartikel. Dort sind noch immer Zuschläge von 60, 75, 100 Prozent und darüber an der Tagesordnung. Die Krankentafeln und die Patienten werden finanziell durch die überwerteten Arzneimittel und Drogen schwer belastet.

Der Reichswirtschaftsrat verlangt von der Reichsregie- rung zum Schluß, daß sie schnell handeln möge und daß man ihm diejenigen Fälle alsbald mitteile, wo bereits Unterlagen über unwirtschaftliche Hochhaltung gebun- dener Preise vorhanden sind.

Zum Schluß wurden dann noch zwei Entschlüsse einmütig angenommen. Die eine fordert die Reichs- regierung auf, jegliche Material zur Nachprüfung zu liefern über Fälle, wo durch die Nachlieferung be- stimmter Firmen und Konsumvereinsorganisationen die Maßnahmen, die der Preisbindung dienen sollen, durch- kreuzt werden. Die zweite Entschlüsse verlangt die Unterstützung aller Wirtschaftskreise, besonders in der Richtung auf eine mögliche Vereinfachung und Verei- nigung.

Neben den Wochenkursen des Gesamtverbandes sollen die einzelnen Berufsverbände noch monatliche Kurse ab. Teilweise werden diese von den Arbeiterinnen- Verbänden der Betriebe veranstaltet. Daneben lassen sich auch die Arbeiterinnen spielen auch die hauswirtschaft- lichen und häusliche eine wesentliche Rolle. Die Orts- gruppen des christlichen Textilarbeiterverbandes Rhein- land, Westfalen und Elsaß haben eigene vom Verband ein- gerichtete Kurse. In vielen anderen Ortsgruppen der Berufsverbände werden in Verbindung mit den Berufs- und Gewerkschaftlichen Schulen Kurse eingerichtet.

(Fortsetzung folgt.)

Das Kernstück der sozialen Politik!

1. Es muß alles aufgeben werden, um die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern.
2. Es sind durch eine entsprechende Wirtschafts- und Steuerpolitik die Voraussetzungen zu schaffen für eine aktive Reallohnpolitik.
3. Es ist das Arbeitsrecht vorwärts zu bringen, insbesondere das Arbeitsvertrags- und Tarifvertragsrecht.
4. Es ist nachdrücklich zu arbeiten an der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeiter in den Gesellschafts- und Wirtschaftsorganismus.

Reichsarbeitsminister Siegenerwald in einer Rede am 5. Mai 1930.

heftlich der Bedarfsdeckung (Bericht auf Ueberzahl von Sorten und Ausstattung) und eine entsprechende Kin- derung der gegenwärtig erkennbaren Ueberlieferungen der Ansprüche, die auf manchen Gebieten entstanden sind.

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats läßt immer- hin einen gewissen Fortschritt im Kampf gegen unwirt- schaftliche Preisbindungen, die wir schon jahrelang bekämpfen, erkennen.

Die Verbraucher erwarten, daß die Reichsregierung den beschriebenen Weg resolut weitergeht, damit die insolge der Wirtschaftskrise in ihrer Kaufkraft stark geschwächten Käuferkreise durch Verbilligung der Waren endlich eine sichtbare Erleichterung in bezug auf ihre Lebenshaltung erfahren.

Wie steht es mit den Lohnhebungen?

F. B. Die Frankfurter Zeitung weilt mit Recht darauf hin, daß wir noch immer eine ungeheure Lücke in der Stati- stik des Deutschen Reiches haben. Wir haben keine Stati- stik der in Deutschland gezahlten Löhne. Die bisherige Statistik der Tariflöhne genügt auf keinen Fall. Wir müssen wissen, was tatsächlich an Löhnen in den einzelnen Industrie- und Wirtschaftsgruppen gezahlt wird. Der An- fang der Erhebung über die effektiv gezahlten Löhne ist nach langem Zögern und Wägen im Jahre 1927 bei der Textilindustrie gemacht worden. Andere Gewerbe sind ge- folgt, und zwar die Holz-, Eisen- und Kasperzeugende, Met- all-, chemische und Schuh-Industrie, das Brauereiwesen, Stein- druck- und Baugewerbe, die Papierindustrie und das Brauereiwesen. Jetzt scheint die Sache bedauerlicherweise im Staatlichen Reichsamt für Statistik einer großen Zahl von Angestellten gekündigt worden. Davon wurden wahr- scheinlich auch die Lohnstatistische Abteilung betroffen. Lebensfalls sind schon vor langer Zeit die Erhebungen über das Baugewerbe und über die Papierindustrie gemacht worden. Beim Baugewerbe fehlen noch einzelne Teil- gebiete und von der Papierindustrie hört man überhaupt noch nichts. Bei den Erhebungen im Brauereiwesen ist man ansehnend über Besprechungen auch noch nicht hinaus- gekommen. Zudem sind es schon drei Jahre her, seit die erste Erhebung in der Textilindustrie stattfand. Die Er- hebungen haben doch nur dann einen vollen Wert, wenn sie turnusmäßig fortgesetzt werden, damit man nicht mit veralteten Ziffern arbeitet und ansehnend die Vergleichs- möglichkeit hat. Auf alle Fälle scheint die ord- nungsmäßige und gezielte Fortführung der effektivsten Lohnstatistik sehr wichtig, als die Reform der Tarifstatistik und mindestens so wichtig, wie die Fort- setzung der anderen Konjunktur- untersuchungen. Wir werden auch nicht daran vorbeikommen, eine monatliche Statistik laufend (wenigstens im Rohen) durchzuführen über Größe der Lohnsumme, Gesamtstundenzahl und Zahl der beschäftigten Arbeiter. Dann bekommt man fortlaufend in etwa ein Bild der Lohnentwicklung in kurzen Zeitperioden.

Um den Staat selbst wird gekämpft!

Wer die Quellen der Sozialpolitik, die Wirtschaft, austrocknen und damit in kurzer Zeit Sozialpolitik auf dem Papier haben will, wer Agitation für Politik hält, wer aus falscher Ideologie und aus Furcht vor den Kommunisten die Verantwortungsfrage zum Le- bensmoment der deutschen Politik machen will, der wähle am 14. September Sozialisten!

Reichsarbeitsminister Siegenerwald in einer Rede am 27. Juli 1930.

Bemühungen das Lohnstatistische Gesetz erreicht werden; es hat aber bis zum September 1927 gedauert, ehe die Ausführungsverordnung dazu erschien. Dann mußte um das Personal gekämpft werden, bis schließlich 20 Leute bewilligt wurden. Ob diese unbedingt nötigen Leute auch wirklich für die Effektivlohnstatistik eingesetzt werden, ent- zieht sich unserer Kenntnis. Es ist aber anzunehmen, daß dieses nicht der Fall ist, denn sonst wären bei der Stich- proben und Sachkenntnis der leitenden Beamten dieser Ab- teilung die in Frage stehenden Arbeiten längst weiter ge- geben. Das die Beschleunigung turnusmäßiger Wieder- holungen dieser Erhebungen eine Notwendigkeit ist, hat u. a. noch kürzlich der Reichswirtschaftsrat bei der Abgabe seines Gutachtens bezüglich der Vorrangordnung über un- wirtschaftliche Preisbindungen besonders betont. Er hat einmütig in seinem Gutachten verlangt, daß die Fest- stellungen des Statistischen Reichsamtes über Effektivlöhne allgemein und fort- laufend durchgeführt werden und möglichst schnell den tatsächlichen Veränderungen folgen möchten. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen, und es ist anzunehmen, daß auch das Reichs- arbeitsministerium ein gezieltes Inter- esse an der Beschleunigung dieser dringend nötigen Ar- beiten haben muß.

Die Berliner Verhandlungen vom 9. Juli zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften und des Reichs- verbandes deutscher Konsumvereine haben die im Wesen der Konsumgenossenschaften begründete und auch stets be- wiesene preisregulierende Tätigkeit bestätigt und aner- kannt. Die Konsumgenossenschaften gehen stets „mit dem Markt“, d. h. ihre Preise passen sich immer den Gebots- und Preisverhältnissen an. So mühten auch die Preisregulierende der letzten Monate entsprechende Rückwirkungen auf die Preise der Konsumgenossenschaften haben. Preisermäßigungen von 10 Prozent, 15 Prozent, ja bis 25 Prozent sind bei den verschiedenen Warengruppen festzustellen. An und für sich ist der Ruf nach einem Preisabbau daher bei den Konsumgenossenschaften nicht berechtigt. Wenn aber trotz- dem, der heutigen Notlage Rechnung tragend, noch weitere Preisermäßigungen erfolgen, dann gehen die Konsumgenossenschaften bis über die Grenze dessen, was gegenüber den Unkosten tragbar ist. Es kann nur in etwa durch große Umfängerungen ausgeglichen werden. Diese Umfän- gerung mit allen Mitteln zu fördern, ist nach den Berliner Vereinbarungen unsere Pflicht auch der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder. Alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften müssen laufende Mitglieder einer Konsumgenossenschaft des Reichsverbandes sein. Ein solches Hand in Hand arbeiten läßt die Konsumgenossenschaftsbewegung in ihrem preisregulierenden und preis- senkenden Wirken und bringt den Mitgliedern der Gewerkschaften große Vorteile beim Ein- kauf ihres Bedarfs.

Reichsarbeitsminister Siegenerwald in einer Rede am 5. Mai 1930.

Preisabbau und Konsumgenossenschaften

Die Berliner Verhandlungen vom 9. Juli zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften und des Reichs- verbandes deutscher Konsumvereine haben die im Wesen der Konsumgenossenschaften begründete und auch stets be- wiesene preisregulierende Tätigkeit bestätigt und aner- kannt. Die Konsumgenossenschaften gehen stets „mit dem Markt“, d. h. ihre Preise passen sich immer den Gebots- und Preisverhältnissen an. So mühten auch die Preisregulierende der letzten Monate entsprechende Rückwirkungen auf die Preise der Konsumgenossenschaften haben. Preisermäßigungen von 10 Prozent, 15 Prozent, ja bis 25 Prozent sind bei den verschiedenen Warengruppen festzustellen. An und für sich ist der Ruf nach einem Preisabbau daher bei den Konsumgenossenschaften nicht berechtigt. Wenn aber trotz- dem, der heutigen Notlage Rechnung tragend, noch weitere Preisermäßigungen erfolgen, dann gehen die Konsumgenossenschaften bis über die Grenze dessen, was gegenüber den Unkosten tragbar ist. Es kann nur in etwa durch große Umfängerungen ausgeglichen werden. Diese Umfän- gerung mit allen Mitteln zu fördern, ist nach den Berliner Vereinbarungen unsere Pflicht auch der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder. Alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften müssen laufende Mitglieder einer Konsumgenossenschaft des Reichsverbandes sein. Ein solches Hand in Hand arbeiten läßt die Konsumgenossenschaftsbewegung in ihrem preisregulierenden und preis- senkenden Wirken und bringt den Mitgliedern der Gewerkschaften große Vorteile beim Ein- kauf ihres Bedarfs.

Reichsarbeitsminister Siegenerwald in einer Rede am 5. Mai 1930.

Verf. 1/2 Bat.	1913	1930
Verf. 1/2 Bat.	0,65 RM.	0,86 RM.
Verf. 1/2 Bat.	0,35 "	0,45 "
Kneipp-Malzlafe 1/2 Bat.	0,35 "	0,55 "
Seeligs-Kornlafe 1/2 Bat.	0,35 "	0,55 "
Hohenlohe Haferflocken 1/2 Bat.	0,40 "	0,70 "
Hohenlohe Haferflocken 1/2 Bat.	0,20 "	0,37 "
Knorr-Haferflocken 1/2 Bat.	0,43 "	0,70 "
Knorr-Haferflocken 1/2 Bat.	0,22 "	0,37 "

Das es auch anders geht, beweist die Gepag als die Warenzentrale der Konsumgenossenschaften. Sie liefert seit Jahren Waren in Packungen dem Genossenschafts- gliedern der Gepaglaage, die unter Berücksichtigung gleich- wertiger Qualität bis zu 30 Prozent billiger sind als die Markenartikel. Wenn aus ihrer Seifenfabrik hat die Gepag innerhalb eines Jahres sechs Artikel geliefert, deren Mengen den Verbrauchern eine Erparnis von 242 583 RM. gegenüber gleichwertigen Markenartikeln erbrachten. Trotz dieser nachweislichen Vorteile der genossenschaftlichen Gepagwaren gibt es immer noch viele Hausfrauen, die der marktgerichteten Kellere vieler Markenartikel folgen und die Genossenschaftswaren vermeiden. Das ist besonders bei solchen Familien bewunderlich, die sich in großer Not befinden, und daher doch mit jedem Pfennig rechnen müssen. Da die Konsumgenossenschaften mit ihren Kellereausgaben sehr sparsam sein müssen, muß hier die Auffklärung an der Spitze und zu Hause gehen. Hier ist eine weitere Auf- gabe der Gewerkschaften. Wenn sich die Mitglieder der Gewerkschaften als treue, kaufende Genossenschaftler der Einwirkung primärkapitalistischer Kellere entgegen- setzen und an besten Stelle nicht allein selbst alle Gepag- waren im eigenen Haushalt verbrauchen, sondern auch für den Absatz überall werben, dann werden hier noch große

Erfolge für die Gesamtbewegung und das einzelne Mitglied zu erwarten sein.
Die jetzige Notzeit fordert von allen Verbrauchern Treue zur Genossenschaftsbewegung. Diese Treue muß vor allen Dingen von den Mitgliedern der größten Gewerkschaften verlangt werden. Gegenwärtiges Zusammenarbeiten der Gewerkschafter und Genossenschaftler hilft über alle Schwierigkeiten, auch der schwersten Zeit, hinweg.

Duisburger Genossenschaftstag und Preisgestaltung

Der Duisburger Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Köln hat gezeigt, daß die Konsumgenossenschaften die auf der Berliner Konferenz der Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossene Preislenkungsaktion nicht zum billigen Schlagwort werden lassen wollen.

Wer auf dem Duisburger Genossenschaftstag die Sams-tagsoberamtlung der Gepag mitgemacht hat, der wird bestätigen müssen, daß hier in eingehender und sachverständiger Weise förmlich gerungen wurde um die Möglichkeit, das deutsche Volk billiger mit den Produkten der eigenen Landwirtschaft zu beliefern. Als Referent über das Thema „Genossenschaft und Verbraucher“ war Prof. Dr. B e d m a n n von der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn gewonnen worden. In seinen Ausführungen und der anschließenden Diskussion wurde klargestellt, welche Wege der Rationalisierung und Standardisierung die Landwirtschaft, insbesondere auch die landwirtschaftlichen Abfallgenossenschaften, gehen müssen, um die deutsche Landwirtschaft auf dem Markt der Massenbedarfsgegenstände wieder konkurrenzfähig zu machen. Auch die Deutsche Hauptlandwirtschaftskammer hatte in der Person des Herrn Dr. S i m o n einen Vertreter zu der Tagung entsandt. Als Ergebnis der Beratsamlung darf festgestellt werden, daß die Vertreter der Genossenschaften in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Referenten den heutigen Weg der Zölle und Subventionen auf die Dauer für untragbar für die Verbraucher und für erfolglos für die Landwirtschaft ansehen. Ebenso klar sprachen sich aber auch die Verbrauchervertreter und hier insbesondere die zunächst interessierten Geschäftsführer der großen Genossenschaften, daß sie der deutschen Landwirtschaft bei ihren Standardisierungsbestrebungen mit ihren Massenaufträgen entgegenkommen und bei gleicher Qualität und gleichen Preisen dem inländischen Erzeuger stets den Vorrang geben werden.

Das Problem der Preislenkung wurde auf dem Genossenschaftstag auch noch von einer zweiten Seite angefaßt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung des Verbandstages wurde festgestellt, daß, während die freien Preise der Preislenkung im Großhandel gefolgt sind, die gebundenen Preise der Marktarzikel sich auf ihrer Höhe gehalten haben. Für die genossenschaftliche Selbsthilfsbewegung wurde aus dieser Tatsache der einzig mögliche Schluß gezogen, alles daran zu setzen, die Erzeugnisse der genossenschaftlichen Eigenproduktion in allen Genossenschaften festlos einzuführen und allen Mitgliedern einkaufsmäßig zu empfehlen. Eine Abgabe an die Marktarzikel, wie sie die Genossenschaftsbewegung hier, wie auch früher schon, ausgesprochen hat, finden wir an keiner anderen Stelle im Einzelhandel. Anders sieht die Genossenschaften einmütig in diesem Sinne gegen die Preisbindung der Marktarzikel wenden, zeigen sie erneut, daß ihnen die Aufgabe der Preisregulierung und Senkung der Lebenshaltungskosten mehr am Herzen liegt, als die Sicherung ihrer Rationalisierungspläne durch tarifmäßige Preisbindungen und Gewinnzuschläge.

Die heute geforderte Senkung der Preise ist zum Teil die automatische Folge des Preisrückganges der Rohstoffe auf dem Weltmarkt, u. a. bedingt durch Umwälzungen der Produktions- und Absatzverhältnisse des Weltmarktes. Neben diesen konjunkturellen Gründen hat die Frage der Preislenkung aber auch den Charakter einer Aktion. Diese Aktion wäre schnell durchzuführen, wenn sie sich darauf beschränken wollte, lediglich das Tempo der Anpassung der freien Einzelhandelspreise an die gekuntenen Großhandelspreise zu beschleunigen. Sie muß einleiten bei einer Preislenkung im Abzug einander landwirtschaftlicher Erzeugnisse und insbesondere auch bei dem Abbau des tarifmäßigen Preisrückganges der Marktarzikel, dem heute schon 6-10 Milliarden des deutschen Kleinhandelsumsatzes unterworfen sind. Die Regierung hat es heute in der Hand, nach beiden Richtungen hin Erfolge zu erzielen und Vermägen aus früheren Jahren nachzubolen. Die Konsumgenossenschaften haben in beiden Fällen den Weg der Selbsthilfe beschritten und ihren festen Willen hierzu in Duisburg erneut zum Ausdruck gebracht. Dr. Br.

Betrug am Volke

Bekanntlich ist die Einfuhr ausländischer Fertigwaren keineswegs wesentlich geringer als die über 4000 Millionen betragende Einfuhr ausländischer Agrarzeugnisse. Auch für Fertigwaren, die wir in gleicher Qualität in Deutschland erzeugen, gehen jährlich 2 bis 3000 Millionen RM. über unsere Grenzen. Um diese Milliardensummen wird die deutsche Kapitalknappheit jährlich verschärft und der Konsumrückgang für deutsche Erzeugnisse vergrößert. Die weitere Folge ist die Vermehrung des Arbeitslosenheeres, das mit seinen rund 3 Millionen Menschen wie ein Alp auf dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft lastet. Es sei hier einmal klar ausgesprochen, und jeder, der es sieht, sollte es festhalten, daß ein ganz gewaltiger Teil dieser arbeitslosen Volksgenossen lediglich infolge des gedankenlosen Konsums ausländischer Erzeugnisse sein Brot verloren hat. In sachmännlichen Kreisen ist ausgerechnet worden, daß eine Einfuhr von etwa 4000 RM. einen Deutschen arbeitslos macht.

Bei der Einfuhr und dem Verbrauch ausländischer Fertigwaren im Werte von 2000 Millionen RM. sorgen wir dafür, daß mindestens 500 000 Deutsche dauernder Arbeitslosigkeit verfallen. Um ein Beispiel zu nennen: Die deutsche Textilindustrie ist zurzeit in einer schwierigen Lage. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist vor allem in jenen Bezirken groß, wo die Arbeitssöhne nachgewiesenermaßen am tiefsten liegen. In manchen früher blühenden Textilbezirken herrscht heute die unheimliche Ruhe des Friedhofes. Die Textilindustrie in der Niederlausitz ist z. B. durch die Einfuhr fremdländischer Fabrikate und deren

Konkurrenz katastrophal getroffen worden. Das deutsche Volk trägt dazu bei, die feilschensüchtige Einbildung zu nähren, daß es vornehmer ist, englische Stoffe zu tragen, und daß diese besser seien, als die deutschen. Dabei ist den Eingeweihten längst bekannt, daß ein guter Teil der sogenannten englischen Tuche in Wirklichkeit aus Deutschland stammt. Diese Tuche gehen lediglich nach England, um dort den englischen Stempel zu bekommen und dann als englische Ware abgesetzt zu werden. Es gibt sogar große deutsche Fabriken, die vertraglich keine Tuche in Deutschland abgeben dürfen, sondern ihre gesamte Produktion nach England liefern müssen. Von England treten diese Stoffe dann als „original englische“ Ware ihren „Siegeszug“ durch die ganze Welt an. Weinake im gleichen Maße gilt das, was von den Herrenkosten hier gelangt wird, für die Seidenstoffe unserer Damenwelt. Der Unterschied ist nur der, daß diese statt nach England nach Frankreich gelangt werden. Das interessanteste Beispiel ist aber, daß „original englische“ Galopie ausnahmslos in den rheinischen Seidenbezirken hergestellt werden, weil es überhaupt keine englischen Krautwollstofffabriken gibt.

Also, los, deutscher Michel, laß Dich weiter betriegen und fordere auch in Zukunft „original englische“ Tuche, „original englische“ Krautwoll- und „original französische“ Seide, Karthaus, Vikore usw. Du hast dann die Ehre, dem Ausland mehr zu zahlen, und sorgst mit dafür, daß immer mehr deutsche Volksgenossen arbeitslos werden.

Rundschau

Arbeitslose, seid auf der Hut!

Die feilsche Bemerkung, die eine längere Arbeitslosigkeit ganz von selber mit sich bringt, wird von gewissen Zeitgenossen in der unglücklichsten Weise ausgelegt. In der letzten Zeit mehren sich wieder in gewissen Zeitungen jene diffamierten Annoncen, in denen „gute Stellen“ angeboten werden. Bei der heutigen Wirtschaftslage verbergen sich hinter solchen Angeboten in fast

Eine wichtige Frage an alle Reichstagswähler!

„Wirst du sparen oder wirst du nicht sparen? Wenn du sparen willst, wähle eine Partei, die dir dafür die Garantie gibt, weil nur so Deutschland gerettet werden kann! Wirst du nicht sparen, dann verzichtest du auf Deutschlands Rettung!“

Reichstanzler Dr. Brüning.

allen Fällen gemeingefährliche Schwindler, die den Erwerbslosen die letzten Groschen, die sie für ihren nächsten Lebensunterhalt dringend gebrauchen, aus der Tasche ziehen wollen. Derenjenigen, die auf solche Annoncen hereinfallen, wird für Spesen, Betriebskosten oder als Kaution zunächst eine bestimmte Summe Selbes überlangt, und wenn diese eingezahlt ist, lassen die Betrüger nichts mehr von sich hören oder senden vollständig wertlose Briefschaften. Daher sollten die Erwerbslosen die Augen auf und die Taschen fest zuzählen, zum mindesten aber sich bei ihren Verbänden Rat und Auskunft einholen, zumal die gerichtliche Verfolgung solcher Schwindler ausnahmslos ist, da sie nicht zu fassen sind.

Literarisches

Jahrbuch 1930 der christlichen Genossenschaften.

Das schon erschienene Jahrbuch der christlichen Genossenschaften gibt einen wertvollen Überblick über die gesamte wirtschaftliche und soziale Lage und gewährt einen interessanten Aufschluß über die umfassende gewerkschaftliche Tätigkeit. Trotz der wirtschaftlichen Depression konnte die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände im Jahre 1929 von 647 364 auf 673 127 gesteigert werden. Unter Zuzurechnung der sonstigen im Deutschen Gewerkschaftsbund stehenden Arbeitergruppen beträgt die Gesamtmitgliederzahl 792 827. Den stärksten Zuwachs hatte der Christliche Metallarbeiterverband, der rund 12 000 neue Mitglieder gewann und heute 124 138 Mitglieder zählt. Der zweitgrößte Verband ist der der Bergarbeiter mit 102 710 Mitgliedern, dann folgen die Textil- und Knapparbeiter mit je rund 80 000 Mitgliedern und die Fabrikarbeiter mit 68 119 Mitgliedern. Den Gesamtbeiträgen von 25 006 488 RM. steht eine Gesamtausgabe von 20 391 389 RM. gegenüber. Ende 1929 befanden 411 Karzeile, von denen 19 über 5000 Mitglieder zählten. Die christlichen Genossenschaften hatten 12 481 Vertreter in den Gremien der Sozialversicherung, 1785 Arbeiter- und Vertreterratsmitglieder, 1090 Schöffen und Gemeindevorsteher, 3280 Mitglieder kommunaler und politischer Körperlichkeiten.

Aus dem Inhalt des Jahrbuches heben wir hervor: Die deutsche Wirtschaft 1929, Sozialpolitik, Die Organisation der christlichen Genossenschaften, Rechtslehre, Bildungsweisen, Arbeiterinnenbewegung, Jugendbewegung, Wohlfahrtsausblick, Internationale, sowie die Berichte der Verbände und der Landesgeschäftsstellen des Gesamtverbandes.

Das Jahrbuch mühte im Beside jeder Ortsgruppe sein. Der Preis des 388 Seiten umfassenden Buches beträgt für unsere Ortsgruppen oder Mitglieder des Verbandes 6 RM. Man wolle das Buch direkt beim Verlag: Buchhandlung des Gesamtverbandes, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 26, bestellen.

Handbuch für Betriebe.

Dritte durchgesehene und verbesserte Auflage. Jetzt in Ganzleinen gebunden. Trotz erhöhter Selbstkosten und trotz des besteren

Einbandes ist der Ringlebeband von 2 RM. nicht erhöht worden. Bei Sammelbestellung noch billiger. Wichtigstelebeband 5 RM.

Das neue Betriebsratshandbuch unterscheidet sich von dem alten dadurch, daß die wichtigste Rechtsprechung, insbesondere die des Reichsarbeitsgerichts, berücksichtigt und auch größtenteils zitiert wurde. Das Buch ist damit auf den neuesten Stand gebracht und gibt wirklich zuverlässige Auskunft auf die bedeutsamsten Fragen der Praxis. Außerdem ist der Abschnitt über Abfertigungserlöse erheblich ausgearbeitet und verbessert worden. Weil es sich gezeigt hatte, daß gerade dieser Teil des Handbuchs von den Kollegen mit besonderem Interesse aufgenommen worden ist.

Die Aufgabe des Handbuchs ist darin zu erblicken, daß von allem den Betriebsrätern, den Betriebsanleitern, den Arbeitsschlichtern und den Gewerkschaftsfunktionären eine in verständlicher Form abgefaßte billige und ausgiebig handliche Darstellung der wichtigsten Fragen des Betriebsratwesens zur Verfügung gestellt werden soll. Es wird auch für diejenigen, welche bereits größere Literaturwerte auf diesem Gebiete nicht entbehren können, für den praktischen Gebrauch von Nutzen sein.

Der beste Beweis für die Brauchbarkeit unseres Handbuchs ist die Tatsache, daß in drei Jahren 11 000 verbreitet wurden. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf.

Aus der Hutindustrie

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir vom Arbeitgeberverband der Woll- und Haarhutindustrie die Kündigung des Reichsmanteltarifs zum 31. Oktober 1930.

Beitragsleistung

Der 37. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 7. September bis 13. September, der 38. für die Woche vom 14. September bis 20. September.

R h e u m a

Ischias, Gicht, Hexenschuß, nerven- und muskelschmerzen aller Art. Alle diese Schmerzen beseitigt

unvergleichlich schnell mein wirksames, absolut unerschütterliches, ärztlich geprüftes und glänzend bewährtes Spezialpräparat.

Wollen Sie gesund werden!

Dann machen Sie sofort einen Versuch mit meinem in tausend Fällen erprobten Spezialmittel - Keine Tee- und Einreibekanne! Leicht und bequem, in Kapselform einnehmbar.

Unbedenkbliche Freude

leuchtet aus den vielen Dankschreiben derjenigen hervor, die durch mein Präparat von schrecklichen Qualen befreit wurden.

Wir können nichts verdanken!

denn es ist beste Qualitätsware... aber wir zahlen jedem den vollen Betrag zurück, der bei richtiger Anwendung keinen Erfolg erzielt. Schreiben Sie noch heute, damit wir es Ihnen morgen schon wirkenden Präparates erleben. Scheuen Sie nicht die geringe Ausgabe, wenn Sie sich damit das höchste Gut der Menschheit, die Freude am Leben so schnell wieder erwerben können. Auch wenn Sie jahrelang an's Bett geleselt sind, Ihr Leiden noch so alt und hartnäckig ist, ich befreie Sie von den Foltern Ihrer Krankheit. Menschen zwischen 60-80 Jahren haben die Freude am Leben zurückgewonnen und schreiben begeistert von dem Wunder der Heilung und der prompten Beseitigung der Schmerzen.

Ärztliche Literatur gratis.

Verband des Präparates (Preis RM. 6.-) gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch die Versand-Apothek.

Max Zeidler, Wandsbek (H 079)

L ö w e n s t r a ß e 2 4

ZUSCHNEIDE - SCHULEN

des Verbandes der Zuschnneider, Zuschnneiderinnen und Direktrices, Berlin W 66, Mauerstraße Nr. 86/88

Erstklassige Lehranstalt für den Zuschnitt der gesamten Herren- u. Damengarderobe

Beginn der Tageskurse

am 1. und 15. eines jeden Monats.

Unterricht wird täglich von 9 Uhr vorm, bis 1 1/2 Uhr nachm.

Beginn der Abendkurse am 1. jeden Monats.

Lehrbücher zum Selbstunterricht für die Herren- und Damenschneider, - Schnittmusteranfertigung nach Maß, - Normalschnitte einzeln und in Serien, - Prospekte gratis und franko.

Mitglieder einzelner Verbände erhalten Rabatt.

Priv. Zuschneide-Schule der Zuschnneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen

Fachlehranstalt für moderne Zuschneidekunst

Beginn neuer Kurse am 1. und 15. jeden Monats

SOEBEN-ERSCHIENEN

Handbuch für die Herrengarderobe

Konfektion, Uniformen, Amtstrachten, Berufskleidung

Ausgabe VII, 350 Seiten Inhalt, über 350 Darstellungen

Modernst. Nachschlagewerk, zum Selbstunterricht geschrieben

Preis: 20.- Mark

Prospekte durch die Geschäftsstelle, Köln a. Rh., Neumarkt 27/29